

Protokoll Frühjahrsratschlag 2022, 8.-10.4.22

9.4.22 - 10.15 Uhr

Moderation: Carmen, Julia, Max (Präsentation), Protokoll: Anne

TOP Willkommen und Organisatorisches

Hygieneregeln werden erläutert: 3G-Regeln werden täglich überprüft, im großen Saal nicht essen und trinken, an den Mikros mit Maske, im ganzen Gebäude besteht Maskenpflicht.

Ulrike: Vorstellung Awareness-Konzept, alle möchten sich zurücknehmen, im Sinne von alle zu Wort kommen lassen. Handynummer wird bekannt gegeben, an die sich im Bedarfsfall gewendet werden kann.

Erläuterung der Abstimmungsverfahren Mehrheit-/Konsensabstimmungen. Fünf farblich verschiedene Karten für Konsens mit Möglichkeit des Vetos (letzteres ist kein Blockadeinstrument!), Erläuterung der Kartenfarben für die Konsensabstimmungen.

Vorschlag aus dem Plenum: Prozentsatz der Vetos nicht von den jeweils Anwesenden abhängig machen, stattdessen zu Beginn die Anzahl der Anwesenden feststellen und während der gesamten Versammlung auf dieser Basis auszuzählen. Vorschlag wird abgelehnt, da nicht sinnvoll: Jede Konsensabstimmung muss auf der Basis der zu diesem Zeitpunkt abstimmenden Leute gewertet werden.

Vorschlag: „Systemisches Konsensieren“ anwenden. Möglichkeit einer Anwendung dieser Methode wird vor dem nächsten Ratschlag geprüft.

Verfahren bei Generaldebatten: Redeliste wird quotiert, es gibt zwei Mikros: Eins ist vorbehalten für FLINTA* (Frauen, Lesben, Inter-, Nonbinär-, Trans-, Agender), eins für alle.

Moderation in zwei Teams: Carmen und Julia sowie Jakob und Markus.

Protokoll: Hermann, Martin, Anne, Christine und weitere Personen.

Die Wahlleitung in den Regionalversammlungen übernehmen Kolleg*innen aus dem Büroteam.

Redezeitbegrenzung gilt generell: 2 Minuten, Gong nach 1 Minute 40.

Einwand: 2 Minuten Redezeit sei zu kurz aus Demokratiegründen. Vorschlag: 3 bis 4 Minuten Redezeit wären besser.

Gegenrede: Aus Zeitgründen sind 2 Minuten sinnvoll, so kommen mehr Menschen zu Wort. Die entscheidenden Argumente können auch in zwei Minuten vorgetragen werden.

Abstimmung (Mehrheit): Redezeitbegrenzung bleibt bei 2 Minuten.

Es gibt 15 fristgerecht eingegangenen Vorschläge – stehen alle im Reader.

Ein Vorschlag kam zu spät, der wird am Ende der TO behandelt, wenn noch Zeit ist.

Vorschlag zur Nichtbefassung 5.13 und 5.14 von Peter Berres, mit Begründung durch die Tagungsleitung (Nichtzuständigkeit des Ratschlags bzw. Berührung des Arbeitsrechts).

Einwand zur Verschiebung: Peter sei aus privaten Gründen verhindert, seine Vertretung ist noch nicht da.

Gegenrede zum Vorschlag: Arbeitsrecht gelte nur zwischen dem Trägerverein und nicht mit dem Netzwerk.

Abstimmung (Mehrheit): Vorschlag der Nichtbefassung angenommen. Beide Anträge (5.13 und 5.14) werden nicht behandelt.

Beschluss der Tagesordnung:

GO-Antrag, Mawi (Darmstadt): Die Anträge 5.5, 5.6, 5,7 sollen vorgezogen und zu Beginn behandelt werden.

Gegenrede, Marianne (Untere Saar).

Abstimmung (Mehrheit): Tagesordnung wird geändert, die drei Anträge werden vorgezogen.

GO-Antrag, Marie -Dominique (Hamburg): Text der AG gegen rechts zum Thema Regionalgruppe Hamburg soll gemeinsam mit 5.6., 5.7. diskutiert werden.

Gegenrede, Judith (Rosenheim): Das Thema sei nicht neu, Texte zu den Vorfällen in Hamburg seien auf den Listen und auf der Diskussionsplattform bekannt gewesen.

GO-Antrag auf Pause zum Ausdrucken der Texte, Marie-Dominique (Hamburg).

Abstimmung (Mehrheit): Abgelehnt.

Irene (Untere Saar): Sämtliche Vorschläge zum Thema Schiedskommission sollen heute behandelt werden, FLINTA*- und Männerplenum auf Sonntag verschoben werden.

Tagungsleitung: Für die Behandlung der Vorschläge zur Schiedskommission sei heute ausreichend Zeit veranschlagt.

Abstimmung (Mehrheit): Die geänderte TO wird mehrheitlich angenommen.

11 Uhr: Pause zum Murmeln, weiter 11.15 Uhr

TOP Vorschläge, vorgezogene Vorschläge

Vorgehen: Anträge 5.5, 5.6.und 5.7. Eine Stunde Generaldebatte, danach folgt Einzelabstimmung der drei Anträge.

Einbringung Vorschlag 5.5 durch Micha (München): Vorschlag 5.5 soll mit Konsensverfahren abgestimmt werden, da es nicht um Verfahrensfragen ginge, sondern um eine inhaltliche Frage.

Einbringung Vorschlag 5.6. durch Antje (Cottbus).

Einbringung Vorschlag 5.7. Von den Vorschlagsstellern aus Dortmund ist niemand da, Einbringung und Begründung durch Marie-Dominique (Hamburg).

Generaldebatte, Stellungnahmen und Argumente:

- Der Beschluss des Herbstratschlags zur Abgrenzung gegen rechts sei undemokratisch zustande gekommen und müsse revidiert werden.

- Debatte um Attac Cottbus und Querdenken sei keine Formaljuristerei, sondern wichtige politische Frage. Beschluss vom Herbstratschlag habe deutlich gemacht, dass Querdenken bei Attac nicht akzeptiert werde.
- Unsere Bündnispartner seien sehr irritiert von Vorgängen der AG Gesundheit von Attac Hamburg. Beispiel: Vorsitzende des VVN-BdA hätten am Tag der betreffenden Demonstration nachgefragt. Der Versuch der Aufarbeitung mit Attac HH sei gescheitert, könne im Protokoll des Gesprächs nachgelesen werden.
- Eine Person hat Attac HH 2020 verlassen, weil im Kontext der Querdenkerdemos keine Abgrenzung nach rechts stattgefunden habe.

GO-Antrag: Ausweitung der Generaldebatte auf eine Stunde.

Abstimmung (Mehrheit): Mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Weitere Debattenbeiträge:

- Man solle mehr miteinander reden, interner Kleinkrieg mache die Linke kaputt.
- Heute müsse ein klares Zeichen gegen rechts gesetzt werden, Rechte haben sich die Opposition auf der Straße genommen. Antrag aus Dortmund solle abgelehnt werden.
- Vorwürfe seien nicht richtig. Verweis, dass der Vorschlag 5.7 ein formaler, kein politischer Vorschlag sei.
- Umgang mit Attac Cottbus sei so richtig. Inhaltlich sei an der Rede von MD in HH nichts auszusetzen gewesen. Das Problem sei, dass die Rathausdemo sich wider besseres Wissen nicht ausreichend gegen rechts abgegrenzt habe. Warum habe die AG Gesundheit nicht beim riesigen Bündnis gegen rechts in HH mitgemacht?
- Awarenesssteam müsse sich einschalten. Impfen sei kein Attac-Thema. Als Migrantin werde sie im Stich gelassen. Sie wolle weiter mit AfD-Anhängern sprechen dürfen, um diese zu überzeugen. Sie lüde keine AfD-Wähler aus, weil sie froh sei, wenn sie mit ihnen sprechen könne.

Dirk (Awarenessteam): Bitte keine persönlichen Beschuldigungen anbringen, sachlich bleiben! Bitte, sich um gute Debatte zu bemühen.

- Im Abgrenzungsbeschluss des HRS wird ein formaler Fehler gesehen. Ratschlag sei höchstes Gremium und müsse sich an seine Regeln halten.
- Abgrenzungsbeschluss des HRS sei im Hauruckverfahren gefasst worden. Warum Attac HH nicht den Hamburger Bündnis-Aufruf unterschrieben habe, sei nicht im Ratschlag zu klären.
- Verfahren zum Abgrenzungsbeschluss des HRS sei nicht ganz sauber gewesen. Beim Vorschlag 5.6. störe der Duktus der Begründung – es gehe nicht im juristischen Sinne um Schuld oder Unschuld.
- Awareness mache keinen Sinn, wenn Leute als Schwurbler bezeichnet würden. Auf Attac-Webseite dürfe diese Diskussion nicht erscheinen. Mehr miteinander reden!
- Es gehe nicht darum, nicht mehr mit Kolleg*innen/Nachbar*innen zu sprechen, die anfällig für rechte Parolen seien. Es gehe darum, dass wir als Attac nicht auf Kundgebungen sprechen, wo wir in einem rechten Kontext stehen wie das bei der

Hamburger Rathausdemo der Fall war. Man treffe keine Absprachen mit Leuten wie Thomas Kuhn, der in HH ein bekannter Rechter ist.

- Klare Abgrenzung nach rechts sei überfällig gewesen. Jeder, der sich mit Rechten zusammentut, ließe sich instrumentalisieren.
- Der Aufarbeitungs- und Klärungsprozess mit Attac HH habe sich viel zu lange hingezogen, was auch daran liege, dass die Beteiligten super belastet seien und Termine sehr langen Vorlauf hätten.
- Ein Attac, das rechtsoffen agiere, sei für Attac Rosenheim nicht denkbar. Man dürfe Rechten keine Bühne bieten.
- Verweis auf die besondere Situation im Osten: Rechtsradikalität im Zug sei vom Schaffner als normal bezeichnet worden. Die Cottbusser Gruppe sei nicht rechts.
- Es ginge um eine sachliche Klärung der Dinge in Hamburg: Es ginge nicht, dass Thomas Kuhn verteidigt würde. Wir bräuchten dazu eine klare Attac-Position.
- Querdenken müsse genauer beschrieben werden, was sei überhaupt querdenkerisch? Diese Zuschreibung wird für eine komische Grundlage gehalten. Kritik dagegen sei schwurblerisch.
- Man dürfe das Thema nicht schwarzweiß sehen, der KoKreis könne so nicht weitermachen. Nach seinem Kenntnisstand dürfe eine Versammlungsleitung niemanden von einer Demo ausschließen.
- AG Gesundheit arbeite im Kontext der Coronademos bewusst mit Rechten zusammen, das sei unerträglich.
- Rechte seien eine existentielle Bedrohung für Attac. Identitäre Bewegung kopiere linke Inhalte, man müsse genau hinschauen, wer an den Kundgebungen teilnehme. Es sei bisher keinerlei Selbstkritik der AG Gesundheit in HH vernommen worden. Eine deutliche Distanzierung dieser vom Querfrontgedanken werde erwartet.
- Vor Gericht wäre ein solches Verfahren nicht statthaft. Gegen rechts könne man nicht mit Ausgrenzung vorgehen. Rauschmeißen funktioniere nicht. Die Rathausdemo sei keine rechte Kundgebung gewesen, in Attac geben es zu wenig Differenzierung.

Ende der Debatte, weiter mit Abstimmungen

GO-Antrag, Micha (München): 5.5. sei kein Konsensantrag, sondern müsse mit Mehrheit abgestimmt werden.

Gegenrede, Werner (Bonn): Es sei keine Regel gebrochen worden, der HRS habe die Entscheidung treffen müssen. Wie im Attac-Konsensverfahren gefordert, sei am Ende des Prozesses eine klare Entscheidung getroffen worden.

Abstimmung GO-Antrag Micha: Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Abstimmung Vorschlag 5.5 (Konsens): Mit deutlicher Mehrheit abgelehnt (15 grün, 6 blau, 5 Enthaltung, deutliche Mehrheit rot und gelb).

Abstimmung Vorschlag 5.6. (Konsens): Vorschlag sehr deutlich abgelehnt.

Abstimmung Vorschlag 5.7. (Konsens): Vorschlag sehr deutlich abgelehnt.

Persönliche Erklärung Micha (München): Sie trete nach diesem Wochenende aus Attac aus.

Persönliche Erklärung Erik (Darmstadt): Schade, dass es persönlich aufgefasst werde, es gehe um eine klare politische Abgrenzung.

Ende Protokoll Anne

14.00 Uhr Beginn Protokoll: Martin

GO-Antrag, die beiden Plena für Männer und FLINTA* auf morgen zu verschieben
Abstimmung (Mehrheit): Abgelehnt

TOP: Projekt Erneuerung

Projekt Erneuerung: Milena und Flo aus der Moderationsgruppe berichten aus der Moderationsgruppe: bisher zwei Veranstaltungen, jeweils etwa 20 Teilnehmer

Warmup mit dem Publikum.

Input zur Herangehensweise an die Veranstaltungen:

Hierarchie und Unterdrückungsverhältnisse und patriarchale Verhältnisse hängen zusammen. Lieferketten als wichtiges Thema

Neue Arbeitsteilung und Wertschöpfungsketten: FLINTAS benachteiligt, geringere Wertschätzung, rassifizierte Arbeitsverhältnisse im Pflegebereich, Kommerzialisierung im Gesundheitssektor, Verarmung im Alter.

Klima und Ökologie: FLINTAS stärker betroffen, weniger Entscheidungskompetenzen.

Gewalt und Krieg: FLINTAS werden auf die Care-Tätigkeiten zurückgeworfen.

Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse verstärkt Traditionalisierung und Ideologisierung, Repatriachialisierung.

Reproduktive Rechte: Frauenfeindliche Tendenzen aus konservativen und rechten Kreisen.

Handlungsperspektiven: **Drei Ebenen: Internationale Problembearbeitung und Solidarität;**

Neo Namenbos – Bewegung gegen Gewalt gegen Frauen, imperiale Lebensweise stark in westlichen Ländern muss verändert werden; Selbstbestimmung der Frauen muss entwickelt werden.

Global care Chain müssen gestoppt werden.

Abkehr von der globalisierten Wirtschaftsordnung muss erreicht werden. Nur international können Erfolge erzielt werden.

Zwei grundlegende Thesen der Gruppe:

1. Die Ursache der Benachteiligung/Unterdrückung von FLINTAs liegt in grundlegenden Strukturen unseres kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaftssystems. Der Kampf für die Rechte der FLINTAs ist untrennbar mit dem Kampf gegen kapitalistische Strukturen verbunden.

2. Die Globalisierung führt zur Externalisierung von Problemen. FLINTAs sind von den negativen Auswirkungen besonders betroffen; gleichzeitig werden die Erfahrungen und Handlungsperspektiven im politischen Prozess oft nicht gehört.

Plenumsdebatte zu Konsensen und Dissensen zu den Thesen:

- Hundertprozentige Zustimmung, es sei jedoch besser ‚nicht männlich gelesene Personen‘ statt FLINTAs zu sagen.
- Vieles sei sehr abstrakt, erste These etwas zu platt, Rücknahme des Feminismus der letzten Jahrzehnte durch diese Thesen.
- Habe FLINTA noch nie im Leben gehört, unklare Definition der Zugehörigkeiten zu FLINTA.
- Frauen seien in vielen Regionen der Welt für die Nahrungsmittel zuständig und durch den Klimawandel oft nicht in der Lage, dies zu leisten, ihre Situation würde sich dadurch noch verschärfen.
- FLINTA müsse besser erklärt werden; das viele Argumentieren gegen den Begriff helfe auch nicht weiter, dann muss man sich halt einlesen, wie in jedes andere Thema auch. Mehrfachdiskriminierung (aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung, ...) fände häufig statt.
- Sorgearbeiter werden ebenfalls benachteiligt. FLINTA als Begriff gehe gar nicht. Kinderkrippen seien keine Lösung. Wollen wir weiterhin am kapitalistischen Begriff der Lohnarbeit festhalten oder endlich Sorgearbeit entlohnen?
- Inhaltliche Veranstaltung mit Input Christa Wichterich sei sehr tiefgründig gewesen. Sie wird auch zur ESU kommen: gute Gelegenheit, sich weiter mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Ende der Debatte.

Der Weg zu den beiden inhaltlichen Veranstaltungen wird beschrieben: Prozessbeginn auf dem Herbststratschlag mit Fishbowl und Wandzeitung. Seitdem haben häufige online-Treffen stattgefunden, es ist viel gearbeitet worden. Dokumentation auf der Attac-Webseite wurde erstellt. Interview in der Mitgliederzeitung, Social Media wird vorbereitet; Diskussionsstrang auf Discourse wurde eröffnet. Regionalgruppen sollen einbezogen werden; Sortierung der Inputs vom Herbststratschlag wurde nach Themen vorgenommen. Aktualisierung des Attac-Selbstverständnisses wurde für notwendig erachtet. Inhaltlich fundierte Ergebnisse wurden erzielt.

Viele Attac -AGen haben Inputs gegeben. Sechs Kleingruppen haben Formulierungen zur Aktualisierung des Selbstverständnisses erarbeitet. Erste Überlegungen zur Aktualisierung des Grundsatzpapiers wurden formuliert. Werden einzeln erläutert. Ergebnisse sind sehr umfangreich.

Einzelne Thesen und Formulierungen daraus werden besprochen.

Murmelrunde (5 min) zu den vorläufigen Arbeitsergebnissen.

Debatte zu Konsensen und Dissensen (10 min):

- Landwirtschaft und Bodenzerstörung fehlen komplett
- Konzept des globalen Südens und Nordens wird hier nicht aufgenommen
- Klimagerechtigkeit deutlicher benennen
- Globalisierungskritik nicht aus dem Auge verlieren
- Neuer Kalter Krieg macht Angst

- Global denken lokal handeln
- Weg vom Wachstum
- Naturgesetze beachten
- Enteignung der Energiekonzerne sollte wieder aufgegriffen werden

Debatte beendet.

Das Awarenesssteam spiegelt einen Zwischenstand zum Ratschlag, im Wesentlichen alles in Ordnung.

TOP: Vorschläge Schlichtungskommission

Drei Vorschläge zur Einrichtung einer Schlichtungskommission sind eingegangen. Die drei Einreichenden tragen nacheinander ihren jeweiligen Vorschlag vor.

Vorschlag 5.2, Einbringung durch Alfred Eibl. Der Vorschlag wurde in einer Projektgruppe des Rats und mit einem Anwalt besprochen. Es geht um eine Schlichtungsgruppe, um zu verdeutlichen, dass die Probleme geschlichtet werden sollen.

Vorschlag 5.3, Einbringung durch Ingeborg Schellmann: Antrag für unabhängiges Schiedsgericht, eigene Judikative wird benötigt, Befangenheitsanträge und Filibuster müssen gewährleistet sein.

Vorschlag 5.4 (Peter Berres): Niemand möchte den Vorschlag persönlich einbringen, er liegt schriftlich vor.

Generaldebatte zu den drei Vorschlägen, einige Argumente:

- Vorschlag 1 sei sehr gut, „dringende Fälle“ müssten besser definiert werden.
- Verrechtlichung der Probleme wie in Vorschlag 2 sei nicht zielführend.
- KoKreis sammle Beweise und führe Sanktionen durch, sei Richter und Polizei in einem, deswegen Vorschlag 2.
- Attac Dresden legt großen Wert auf eine Schlichtungskommission.
- Vorschlag 2 würde Unabhängigkeit gewährleisten.
- Den Aufgaben von Attac kommt Vorschlag 1 am besten nach, auch weil der Ratschlag einbezogen sei.
- Vorschlag 1 sei überschaubar.

Ende der Debatte.

Abstimmung in zwei Stufen: Zuerst Abstimmung, welcher Antrag größte Zustimmung erreicht, dann folgt die Abstimmung, ob dieser Antrag Mehrheit findet.

Erste Abstimmung: Vorschlag 1 erhält eindeutig die meiste Zustimmung.

Zweite Abstimmung (Mehrheit): Vorschlag 1 wird mit großer Mehrheit angenommen.

GO-Antrag, Micha (München): Vorschläge müssten im Konsensverfahren abgestimmt werden.

Abstimmung GO-Antrag (Mehrheit): Mit großer Mehrheit abgelehnt. Somit bleibt die Abstimmung für Vorschlag 1 gültig und die Schlichtungskommission ist eingerichtet.

Ende Protokoll Martin: 16.12 Uhr

TOP In drei Minuten auf den Punkt:

- Info der AG-Gruppenunterstützung (Stephan, Büroteam):
Die Regionalgruppen werden aufgefordert, ihre Webseiten zu aktualisieren und sich bei Problemen an die Gruppenunterstützung, bzw. bei technischen Problemen ans Webteam zu wenden.
Außerdem geht der Aufruf an die Gruppen, sich jetzt nach langer Coronapause wieder verstärkt um Vernetzungstreffen in den Regionen zu kümmern und zu überlegen, ob die jeweilige Gruppe selbst eins austragen kann.
- Input „Audioutopistas“ (Thomas, Köln):
Unter: <https://www.attac.de/audioutopistas> gibt es alle Infos: Ein kurzer Infotext zum Projekt; das Hörstück zum Anhören und downloaden, das Manuskript zum Download, eine Kontaktadresse sowie ein Angebot zu Live- und Onlineveranstaltungen. Wie vor Ort gesagt: Wir bevorzugen für diesen Sommer eindeutig Live-Veranstaltungen; gern auch draußen im Park als öffentliches „Listening Together“-Format.
- Input Broschüre gegen rechte Parolen (Judith, Rosenheim):
Zum Thema „mit Rechten müsse man reden“: Richtig und wichtig sei der Versuch, privat mit Leuten ins Gespräch zu gehen, wenn diese rechte s Gedankengut äußern. Die AG gegen rechts empfiehlt dafür die Handreichung „Argumentieren gegen rechte Parolen“ des Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“. Zu dem Thema können auch Referent*innen eingeladen werden, Kontakt auf der Website von AgR: <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/>
- Input „G7-Gipfel in Elmau (Alfred, München)
Vom 26.-28.6. wird wieder ein G7-Gipfel in Elmau stattfinden. Folgende Proteste sind geplant: Am Fr. 24.6. alternativer Gegengipfel in München, am Sa. 25.6. Demo in München, am So. 26.6. Demo in Garmisch. Alle sind eingeladen zur Unterstützung und Beteiligung.
- Input Weltverkehrsforum 18.-20. Mai in Leipzig (Achim, Bremen)
Das „International Transport Forum“ (ITF) ist das „Davos des Verkehrs“. Leipzig ist mit seinem Frachtflughafen der DHL eine Drehscheibe im Gütertransport von Asien nach Europa. Die Kampagnengruppe einfach.umsteigen will die öffentliche Aufmerksamkeit für eine Aktion und eine Podiumsdiskussion in Leipzig unter dem Motto „Cargo makes the world go down“ nutzen. Wir fordern: Gütertransporte durch Regionalisierung reduzieren, verbleibende Güter von der Straße auf die Schiene, die Abschaffung des Dieselprivilegs für LKW und PKW und eine Besteuerung von Kerosin nutzen. Website: <https://www.attac.de/kampagnen/verkehrswende/proteste-gegen-das-weltverkehrsforum>
- Input Hanni, (AG Welthandel und WTO):
Aktuelle Aktivitäten im Bereich Welthandel und WTO:
Anlässlich der Bayer-Hauptversammlung am 29.4. in Leverkusen protestieren wir

gegen das Freihandelsabkommen EU-Mercosur (Beginn 9.30h Friedrich-Ebert-Platz, Leverkusen). Infos:

<http://cbgnetwork.org/downloads/PE%20BAYER%20HV%20Protestank%C3%BCndigung2.pdf>

<https://www.fdcl.org/pressrelease/2022-04-29-die-stunde-des-widerstandes/>

- Zum Energiecharta-Vertrag:
Teilnahme an der Postkartenaktion an Robert Habeck: EXIT ECT Raus aus dem Anti-Klima-Abkommen (Postkarten im Webshop) erhältlich.
- Zum Europäischen Lieferkettengesetz: Teilnahme an der Unterschriftenaktion
Am 20.4. startet das Bündnis "Initiative Lieferkettengesetz" die Kampagne [#YesEUcan](#)
In der Unterschriftenaktion wird Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert, sich für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz einzusetzen.
- Input zum RWE-Tribunal (Emilio, Köln):
Siehe Website. <https://www.rwe-tribunal.org/>
- Input zur NRW-Verkehrswende-Demo am 8.5. in Düsseldorf (Thomas, Düsseldorf):
Siehe Website: <https://www.attac.de/kampagnen/verkehrswende/grossdemo-verkehrswendejetznrw>
- Input zur ESU vom 17.-21.8. in Mönchengladbach (Christiane, Büroteam), mit Einladung, siehe Website: <https://www.attac.de/bildungsangebot/europaeische-sommerakademie-2022>

TOP Wahlen

Wahlergebnisse Regionalversammlungen

Region Mitte:

KoKreis:

Quotiert: Carmen Junge (14 von 17 Stimmen) – gewählt

Offen: nicht besetzt

Rat:

Quotiert: Irene Himbert (4 von 17)

Karin Masche (3 von 17)

Offen: Erik Schantz (11 von 17) – gewählt

Martin Uebelacker (11 von 17) – gewählt

Werner Heinz (5 von 17)

Wolf Raul (13 von 17) – gewählt

Region Nord:

KoKreis:

Quotiert: Christine Rose (12 von 15, 1 ungültig) – gewählt

Offen: Achim Heier (11 von 14) – gewählt

Rat:

Quotiert: Ulrike Paschek (10 von 14) – gewählt
Gabriele Stribrny (8 von 14) – gewählt
Hanni Gramann (14 von 14) – gewählt

Offen: Jürgen Sylvester (8 von 14) – gewählt
Aaron Gerdes (12 von 14) – gewählt
Carsten P. Malchow (6 von 14)

Region Ost:

KoKreis:

Quotiert: Maria Wahle (8 von 11) – gewählt
Offen: Florian Leiner (9 von 11) – gewählt

Rat:

Quotiert: Antje Kirchner (7 von 11) – gewählt
Helga Reimund (7 von 11) – gewählt
Barbara Fuchs (8 von 11) – gewählt

Offen: Remi Fiedler (8 von 11) – gewählt
Uwe Schnabel (6 von 11) – gewählt
Milena van de Sand (6 von 11) – gewählt

Region Süd

KoKreis:

Quotiert: Judith Amler (13 von 18) – gewählt
Offen: Hendrik Küster (15 von 18) – gewählt

Rat:

Quotiert: Carla Renzi (12 von 18) – gewählt
Julia Günther (14 von 18) – gewählt
Herma Geiß (16 von 18) – gewählt
Angela Fleck (6 von 18)
Martina Jäger (5 von 18)

Offen: Harald Porten (18 von 18) – gewählt
Angela Fleck (6 von 18)
Martina Jäger (6 von 18)

Region West:

KoKreis:

Quotiert: nicht besetzt
Offen: Thomas Eberhardt-Köster (22 von 22) – gewählt

Rat:

Quotiert: Annette Schnoor (19 von 22) – gewählt
Anne Bergmann (21 von 22) – gewählt
Gabi Bieberstein (2 von 22)

Offen: Günter Küsters (3 von 22)
Ralf Liebers (14 von 22) – gewählt

MGO

KoKreis: Euromärsche (Hugo Braun) – 4 von 4 Stimmen

Rat: Kritische Aktionär*innen (4 von 4)
IPPNW (4 von 4)
ILA (4 von 4)
linksjugend [‘solid] (4 von 4)
Grüne Jugend (4 von 4)

Zusammengefasste Ergebnisse:

Gewählte Mitglieder für den KoKreis:

Nord: Christine Rose, Achim Heier

Ost: Maria Wahle, Florian Leiner

Süd: Judith Amler, Hendrik Küster

Mitte: Carmen Junge

West: Thomas Eberhardt-Köster

MGO: Euromärsche (Hugo Braun)

Gewählte Mitglieder für den Attac-Rat

Nord: Ulrike Paschek, Hanni Gramann, Gabriele Stribrny, Jürgen Sylvester, Aaron Gerdes

Ost: Antje Kirchner, Helga Reimund, Barbara Fuchs, Remi Fiedler, Uwe Schnabel, Milena van de Sand

Süd: Carla Renzi, Julia Günther, Herma Geiß, Harald Porten

Mitte: Erik Schantz, Martin Uebelacker, Wolf Raul

West: Annette Schnoor, Anne Bergmann, Ralf Liebers

MGO: Kritische Aktionär*innen, IPPNW, ILA, linksjugend [‘solid], Grüne Jugend

Wahlergebnisse Plenumswahl:

Kandidaturen Regionalgruppenplätze KoKreis Plenum

Quotierte Liste (3 Plätze)

Sonja Taubert (61 von 72) - gewählt

Gemischte Liste (3 Plätze)

Alfred Eibl mit (53 von 71) - gewählt

Kandidaturen AG-Plätze KoKreis (3 Plätze)

AG Welthandel und WTO (Roland Süß): (58 von 75) - gewählt

AG Finanzmärkte und Steuern (Stephan Lindner): (53 von 75) - gewählt

AG Jenseits des Wachstums (Hermann Mahler): (62 von 75) - gewählt

Kandidaturen Regionalgruppenplätze Rat Plenum

Quotierte Liste (3 Plätze): Keine Kandidaturen

Kandidaturen Regionalgruppenplätze Rat Plenum

Gemischte Liste (6 Plätze): Keine Kandidaturen

Wahlergebnisse Schlichtungskommission

Kandidaturen Schlichtungskommission – Quotierte Liste (2 Plätze)

Julia Günther 56 von 76 – gewählt

Ulrike Paschek 54 von 76 - gewählt

Kandidaturen Schlichtungskommission – Gemischte Liste (3 Plätze)

Dirk Friedrichs (42 von 77) – gewählt

Matthias Jochheim (24 von 77)

Aaron Gerdes (49 von 77) – gewählt

Roman Haug (50 von 77) – gewählt

Emilio Weinberg (29 von 77)

Barbara Fuchs (20 von 77)

10.04. 9.15 Uhr, Protokoll: Hermann

TOP Steuern Abgaben und Umverteilung, Antrag der AG Finanzmärkte und Steuern

Vorstellung des Antrags: Karl-Martin Hentschel, s. Folien auf der Ratschlag-Webseite.

Argumente in der Debatte:

- Bio und Regional müssten steuerlich belohnt werden, Bürgergeld sei nicht klar geregelt, Änderung des Rentensystems werde abgelehnt.
- Keine marktwirtschaftlichen Instrumente vor der Umverteilung, sei sozial ungerecht.
- Eigenes Konzept für Debatte zur Schuldenbremse von Attac sei wichtig, deshalb solle der Vorschlag unterstützt werden.
- Konzept der AG ist nicht ausreichend diskutiert, Abstimmung solle erst nach breiter Diskussion stattfinden.
- Rentenerhöhung solle nicht einkommensabhängig gestaltet werden, sondern gleicher Betrag für alle.

- AG-Vorschlag solle als Diskussionsgrundlage beschlossen werden, endgültige Verabschiedung erst nach breiter Diskussion. Felber-Position (Gemeinwohlökonomie) zur Unternehmensbesteuerung solle eingezogen werden.
- Konzept der AG ist seit 2003 Beschlusslage von Attac, wir können nicht noch lange diskutieren, sondern bräuchten jetzt eine Arbeitsgrundlage für die AG. Attac müsse in der Lage sein, in die politische Diskussion einzugreifen. .
- Karl Martin (AG) gibt Antworten auf einige Fragen: Mehrwertsteuer müsse durch progressive Einkommenssteuer ausgeglichen werden, ökologische Steuern könnten Transformation nur ergänzen, ordnungspolitische Maßnahmen seien die Grundlage. Bei CO2 Steuern müssten die unteren Einkommen bevorzugt werden. Rentensystem benötige Umverteilungskomponente.

Abstimmung (Konsens): Vorschlag mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ende Protokoll Hermann

So 11.30 Uhr Beginn Protokoll Christine

GO-Antrag (Mehrheit): Vorschläge sollen auf dem Display auf der Wand dargestellt werden, damit in der Diskussion auch zu einzelnen Worten Stellung nehmen können.

Abstimmung: Abgelehnt.

GO Antrag: Kompromissvorschlag: Diskussionsliste und Discourse beide bestehen lassen. Von der Diskussionsleitung nicht stattgegeben, da durch einfaches Abstimmungsverhalten zu 5.10 und 5.11 umzusetzen.

5.10 Vorschlag Discourse

Fürrede: KoKreis habe die Diskussionsliste ohne Zustimmung oder Diskussion im Rat abgeschaltet. Für die Wiederherstellung dieses wichtigen Diskussionstools.

Gegenrede: EDV-technisch: Mailinglisten-Inhalte gingen direkt an Google. Persönliche Beleidigungen seien eindeutig reduziert seitdem Discourse für Diskussionen angewendet wird. Datenschutzkonforme Diskussion möglich. E-Mail-Versorgung bei manchen Providern nicht sichergestellt.

Abstimmung 5.10 (Konsens): Deutlich abgelehnt.

5.11 Vorschlag Diskussionsliste

Fürrede: Es solle einen erneuten Versuch geben, die Diskussionsliste wieder einzuführen und auszuprobieren, welches Tool weiter genutzt wird. Die Vorschlagssteller würden sich für die Moderation engagieren. Verweis auf die Netiquette.

Gegenrede: Siehe Argumente 5.10. Lange Jahre sei ohne Erfolg probiert worden, mit Moderation die Beleidigungen auf der Diskussionsliste in den Griff zu bekommen. Argumente ließen sich in Discourse gut strukturiert darstellen..

Abstimmung 5.11 (Konsens): Deutlich abgelehnt.

5.08 Vorschlag Basisdemokratische Debatte Selbstverständnis

Fürrede: Die bisher geführte Diskussion sei nicht basisdemokratisch. Die Anträge werden zu kurz vor dem Ratschlag vorgelegt. Entwickelt sich Attac zu einer NGO? Demokratie bedeute, sich auf Anträge vorbereiten zu können. Zurzeit würden im Hauruckverfahren Beschlüsse gefasst. Wir müssten uns mehr Zeit nehmen, besonders auf Ratschlägen.

Gegenrede: Eine breite Diskussion um das neue Selbstverständnis werde im Rahmen des Erneuerungsprozesses bereits geführt. Daher erübrige sich der Antrag. Solange wir uns innerhalb des Konsenses befinden, können wir zu vielen Themen arbeiten. Wer würde denn die verbundene Arbeit ausführen?

Abstimmung 5.08 (Konsens): Mit großer Mehrheit abgelehnt.

5.09 Vorschläge der AG WeFi Finanzen (von Teilen der AG aus Attac Frankfurt)

Änderungsantrag (Aaron): Punkt 3 abtrennen „eine repräsentative Gruppe aus reg. Gruppen und Rat und Kokreis-Mitgliedern zur Entwicklung eines neuen Wahlverfahrens für die Attac-Gremien“.

Positionen/Argumente aus der Debatte:

- Vorschlag in den Erneuerungsprozess einbringen.
- Änderungsantrag annehmen und nicht an den inhaltlichen Erneuerungsprozess ankoppeln.
- Attac sei ein Mitgliederverband ohne Mitgliederstruktur. Ein solcher Prozess dauere seine Zeit. Punkt 1 und 2 sind Vorwegnahmen der Struktur-Diskussion. Wir brauchen einen Prozess.
- Bitte 1 + 2 und 3 getrennt abstimmen.
- Verweildauer im Kokreis sei ein wichtiges Thema
- Vorschlag nicht in den Erneuerungsprozess einbringen. Die Moderationsgruppe sei nicht legitimiert worden, zu strukturellen Prozessen zu arbeiten.
- Zusammensetzung der im Änderungsvorschlag genannten Gruppe berücksichtige dies.

GO-Antrag: Verweisung des Vorschlages an die Erneuerungsgruppe.

Abstimmung (Mehrheit): Abgelehnt.

GO-Antrag: Verweisung des Antrages 5.09 samt Änderungsantrag an den Rat.

Abstimmung (Mehrheit): Angenommen.

5.15 Vorschlag Abstimmungen der Regionalgruppen

Fürrede: Möglichst viele Menschen in Abstimmungen integrieren. Das vorgeschlagene Verfahren ist ein Vorschlag, das an die Erfahrung angepasst werden kann. Es gebe kein IT-Abstimmungstool. Die Diskussionen sollen in den Attac-Gruppen stattfinden, diese stimmen dann ab. Gruppen können per Mail Abstimmungsergebnisse kommunizieren.

Gegenrede: Der Antrag sei unrealistisch. Wir können die Kosten für ein Abstimmungstool nicht abschätzen. Die Tools sind nicht für Konsensabstimmung geeignet. Trotzdem sei die

Diskussion, wie Gruppen stärker in Abstimmungsprozessen eingebunden werden können, ein wichtiges Thema.

Abstimmung 5.15 (Konsens): Abgelehnt.

5.16 Vorschlag Verkehrswende

Einbringung: Weltverkehrsforum in Leipzig am 18. Mai soll politisch adressiert werden.

Abstimmung 5.16 (Konsens): Mit großer Mehrheit angenommen.

Spontan eingebrachter Vorschlag (Martin, Fulda)

Antrag zur Feststellung eines Sachverhaltes durch den Ratschlag von Attac:

Beim derzeitigen Ukrainekrieg handelt es sich um einen durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg seit dem 24.02.2022 durch die russische Armee auf die Ukraine. Wir fordern einen sofortigen und vollständigen Rückzug der russischen Armee vom gesamten Staatsgebiet der Ukraine inklusive der ostukrainischen Gebiete von Donezk und Luhansk auf die Position vom 23.02.2022.

Begründung:

Krieg ist kein Mittel der Politik und darf es auch nie wieder werden. Ein Angriffskrieg fordert Tausende bis Millionen von Opfern. Eine Entschuldigung oder Relativierung eines Angriffskrieges ist durch nichts zu rechtfertigen. Das Völkerrecht und die globalen Menschenrechte nach der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen werden durch den Angreifer den Opfern gegenüber vollständig missachtet. Die obige Feststellung entspringt aus dem Selbstverständnis von Attac.

GO-Antrag auf Nichtbefassung mit dem Vorschlag von Martin Uebelacker.

Abstimmung (Mehrheit): Mit großer Mehrheit abgelehnt.

GO-Änderungsantrag: Der Krieg hat 2014 mit der Übernahme der Krim begonnen. Zeile zwei „seit dem 24.02.2022“ wird gestrichen. Diese Änderung wird vom Antragsteller übernommen. Auch die „auf die Position vom 23.02.2022“ wird gestrichen.

Geänderter Feststellungsvorschlag:

„Beim derzeitigen Ukrainekrieg handelt es sich um einen durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg durch die russische Armee auf die Ukraine. Wir fordern einen sofortigen und vollständigen Rückzug der russischen Armee vom gesamten Staatsgebiet der Ukraine inklusive der ostukrainischen Gebiete von Donezk und Luhansk.“

Abstimmung (Konsens): Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Abschied Dank an die Teilnehmenden und an alle, die für das gute Gelingen gesorgt haben. Wunsch für gute Heimreise.

Ende Protokoll Christine 13.35 Uhr

